



Die europäische Mitte

Einkommensverteilung. Die Frage, ob die Mitte in Deutschland schrumpft oder nicht, erregt regelmäßig das öffentliche Interesse. Ein Vergleich mit anderen Ländern der Europäischen Union zeigt zwar, dass in Deutschland weniger Menschen zur Einkommensmitte gehören als mancherorts. Allerdings kommen die Mittelschichtler hierzulande besser mit ihrem Einkommen aus.

Entgegen mancher Meinungen, die Mittelschicht in Deutschland schrumpfe, nimmt diese weder zu noch ab. Zwar hat die Mitte im engen Sinne – also der Teil der Bevölkerung, der über 80 bis 150 Prozent des mittleren Einkommens verfügt

– vor 2005 leicht abgenommen, langfristig zeigt sich in Deutschland aber ein recht stabiles Bild. Insbesondere in den vergangenen Jahren hat sich die Größe der Mittelschicht praktisch nicht mehr verändert und erreicht aktuell ein ähnliches Niveau

wie zu Zeiten der Wiedervereinigung (Grafik).

Im Vergleich zu anderen Ländern der Europäischen Union ist Deutschlands Mittelschicht eher durchschnittlich groß. So gehören zum Beispiel in Slowenien, Tschechien, der Slowakei sowie in den skandinavischen Ländern deutlich mehr Menschen der Einkommensmitte an.

Allerdings sagt diese alleinige Einordnung der Bevölkerung bezogen auf das Medianeinkommen nichts über das Befinden und den Wohlstand der jeweiligen Mittelschicht aus. Eine Position in der Einkommensmitte heißt also nicht notwendigerweise, dass sich die jeweilige Bevölkerungsgruppe keine finanziellen Sorgen machen muss und umgekehrt.

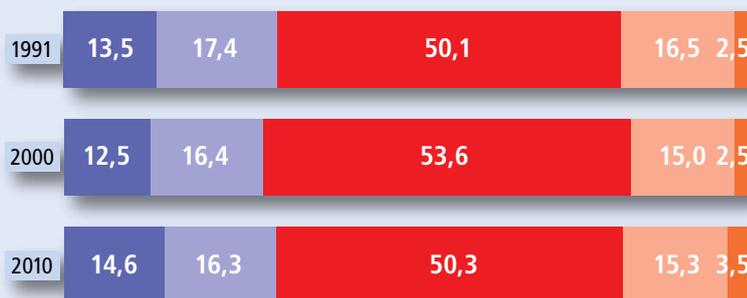
Einer Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zufolge kommt in Deutschland der Großteil der Einkommensmittelschicht recht gut mit dem Geld aus.

Nur bei 14 Prozent der Befragten reicht es kaum, um sich über Wasser zu halten (Grafik Seite 2 oben). →

Deutschland: Stabile Mitte

in Prozent der Gesamtbevölkerung

■ Einkommens-
arme Schicht ■ Einkommens-
schwache Mitte ■ Mitte im
engen Sinne ■ Einkommens-
starke Mitte ■ Einkommens-
reiche Schicht



Einkommensgruppen auf Basis bedarfsgewichteter Nettoeinkommen pro Kopf
Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · iwd 15

Inhalt

Leistungsbilanzen. Überschüsse werden im Außenhandel meist von Volkswirtschaften mit einer industriellen Struktur erzielt.
Seite 3

Gründungen. Die Zahl der Gründungen ist 2012 weiter gefallen. Ein Grund ist der gut laufende Arbeitsmarkt.
Seite 4

Rentenversicherung. Da die Lebenserwartung steigt, sollte das Rentenalter nochmals angehoben werden.
Seite 5

Ausländische Fachkräfte. Unternehmen setzen auf ausländische Talente mit einem deutschen Hochschulabschluss.
Seite 6

Ingenieurinnen. Seit Jahren gibt es zu wenige Ingenieure. Vor allem Frauen entscheiden sich selten für diese Laufbahn.
Seite 7

Metall- und Elektro-Industrie. Die Unternehmen der Branche geben dem Standort D gute Noten.
Seite 8

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln
Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland

→ Ganz anders sieht die Situation zum Beispiel in Slowenien aus: Zwar hat das Land im EU-Vergleich die größte Mittelschicht. Jedoch geben mehr als zwei Drittel dieser Mittelschichtler an, dass sie eher schlecht als recht mit ihrem Einkommen auskommen.

Trotzdem fühlt sich gut die Hälfte der Slowenen zur Mittelschicht gehörig – ähnlich wie in der Bundesrepublik (Grafik unten):

In Deutschland ordnen sich etwa genauso viele Menschen in der Mitte ein (50,6 Prozent), wie der Einkommensmittelschicht im engen Sinne angehören (49,6 Prozent).

In Ungarn ist das nicht der Fall: Hier gehören gut 56 Prozent zur Einkommensmittelschicht, subjektiv zugehörig fühlt sich aber nur knapp ein Drittel der Bevölkerung – zwei Drittel zählen sich zum unteren Bereich. Das liegt unter anderem daran, dass mehr als 90 Prozent der Mittelschichtler in Ungarn nur schlecht mit ihrem Einkommen auskommen.

In Finnland ist die Abweichung umgekehrt: Hier ordnet sich ein Großteil der Bevölkerung in die oberen Gesellschaftsbereiche ein.

Einkommen: Deutsche Mittelschicht ist zufrieden

Lesbeispiel: So viel Prozent der Menschen, die zur Mitte im engen Sinne gehören, gaben in der Befragung an, dass sie „sehr schlecht“, „schlecht“ oder „relativ schlecht“ mit ihrem monatlichen Einkommen zurecht kommen.

Schweden	9,3	Spanien	59,3	Slowakei	76,5
Deutschland	13,8	Frankreich	61,6	Zypern	80,7
Dänemark	17,3	Tschechien	66,7	Portugal	82,4
Finnland	17,7	Slowenien	67,5	Lettland	87,3
Belgien	34,1	Estland	67,8	Ungarn	92,1
Österreich	36,7	Polen	71,3	Bulgarien	94,6
Vereinigtes Königreich	42,2	Italien	76,4		

Länderauswahl; Einkommensgruppen auf Basis bedarfsgewichteter Nettoeinkommen pro Kopf des jeweiligen Landes im Jahr 2009; Ursprungsdaten: Eurostat

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw15

Einig sind sich die Europäer aber darin, dass die meisten Menschen in der Mitte leben sollten – zumindest ist das der Gesellschaftstyp, der laut

einer Befragung des International Social Survey Programme in allen Ländern der Europäischen Union die höchste Zustimmung erhält.

Wer zur Mittelschicht gehört

Das IW Köln bildet fünf statt drei Einkommensschichten. Durch diese Einteilung soll unter anderem verhindert werden, dass schon jene Menschen als reich gelten, die 2.500 Euro netto im Monat verdienen, also das Anderthalbfache des Medians.

Einkommensarme Schicht: Weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens.

Einkommensschwache Mitte: 60 bis 80 Prozent des Medianeinkommens.

Mitte im engen Sinne: 80 bis 150 Prozent des Medianeinkommens.

Einkommensstarke Mitte: 150 bis 250 Prozent des Medianeinkommens.

Einkommensreiche Schicht: Mehr als 250 Prozent des Medianeinkommens.

Medianeinkommen: Einkommen, bei dem die Bevölkerung in zwei Hälften geteilt wird; auf einen Alleinstehenden umgerechnet, waren das 2010 monatlich 1.638 Euro netto.

Fakten und Einschätzung

Slowenien	59,0	52,9	Deutschland	49,6	50,6
Schweden	58,7	49,8	Frankreich	49,1	46,0
Tschechien	58,6	50,5	Vereinigtes Königreich	48,3	50,8
Slowakei	56,6	50,8	Italien	48,2	43,2
Dänemark	56,3	52,7	Spanien	47,4	57,1
Ungarn	56,3	31,8	Polen	47,0	49,7
Finnland	55,2	27,3	Estland	45,4	42,5
Österreich	54,2	50,6	Portugal	42,6	34,7
Belgien	53,7	47,7	Bulgarien	42,5	36,3
Zypern	50,0	58,3	Lettland	39,3	36,4

So viel Prozent der Bevölkerung gehören zur Mitte im engen Sinne, sie verfügen also über 80 bis 150 Prozent des Medianeinkommens

So viel Prozent der Bevölkerung würden sich laut einer Befragung in der Mitte der Gesellschaft einordnen

Länderauswahl; Einkommensgruppen auf Basis bedarfsgewichteter Nettoeinkommen pro Kopf des jeweiligen Landes im Jahr 2009
Ursprungsdaten: Eurostat, The International Social Survey Programme

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iw15

Investitionsgüter führen zu Überschüssen

Leistungsbilanzen. Überschüsse werden im Außenhandel meist von Volkswirtschaften erzielt, die eine industriell geprägte Struktur haben und somit viele Investitionsgüter exportieren. 

Dass es in Deutschland derzeit ziemlich rund läuft, hängt eng mit der heimischen Wirtschaftsstruktur zusammen: Hierzulande werden vergleichsweise viele Investitionsgüter hergestellt. Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeuge sind zudem ein Exportschlager, sie bescheren der deutschen Leistungsbilanz seit Jahrzehnten einen Überschuss. Dieser Zusammenhang lässt sich auch in anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften beobachten:

Von 18 Ländern weisen vor allem diejenigen mit einem hohen Industrieanteil einen Leistungsbilanzüberschuss auf.

Das gilt insbesondere für Südkorea, das 2007 mit 28 Prozent den weltweit höchsten Industrieanteil unter den Industrieländern verzeichnete; Deutschland kam auf einen Industrieanteil von 24 Prozent.

Was für die Leistungsbilanz gilt, die grenzüberschreitende Waren- und Dienstleistungsströme erfasst, gilt auch für die Handelsbilanz: Weil es sich bei den meisten Warenimporten und -exporten um Industrieerzeugnisse handelt, erwirtschaften Länder mit relativ hohen Industrieanteilen ausnahmslos auch markante Handelsbilanzüberschüsse.

Noch deutlicher als das Zusammenspiel zwischen dem Industrieanteil eines Landes und dessen Außenhandelsperformance ist der Zusammenhang zwischen der Investitions-

Leistungsbilanz und Wirtschaftsstruktur

Im Jahr 2007 in Prozent	Anteil der Investitionsgüterbranchen an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in Prozent	Handelsbilanzsaldo für Investitionsgüter in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)	Handelsbilanzsaldo insgesamt in Prozent des BIP	Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP
ROK	18,1	10,8	11,1	2,1
D	14,8	9,5	12,0	7,5
J	11,6	7,5	5,9	4,9
S	11,0	2,8	4,7	9,1
A	10,6	3,0	2,7	3,5
CH	10,1	2,6	3,7	8,6
I	9,2	1,9	3,3	-1,2
E	6,3	-4,1	-6,5	-10,0
B	6,2	1,2	8,9	1,6
DK	6,2	-3,1	-0,8	1,4
F	5,9	-0,3	-1,3	-1,0
IRL	5,9	-1,3	15,6	-5,4
USA	5,4	-2,0	-4,2	-5,1
L	5,1	-0,5	-7,5	10,1
UK	5,0	-2,9	-5,9	-2,3
NL	4,7	1,7	8,9	6,7
P	4,0	-5,1	-7,0	-10,7
GR	2,5	-7,9	-14,0	-14,6

Daten für 2007 wurden gewählt, um Verzerrungen durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 auszuschließen; Portugal: Daten für 2006; ROK: Republik Südkorea
 Ursprungsdaten: Internationaler Währungsfonds, OECD

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - wkd 15

güterproduktion und dem Handels- bzw. dem Leistungsbilanzsaldo (Grafik): Länder, die vergleichsweise viele Maschinen und Anlagen herstellen und verkaufen, profitieren auch deutlich mehr vom globalen Investitionsboom als Volkswirtschaften wie die USA oder Großbritannien. Dort beträgt der Anteil der Investitionsgüterbranchen an der Gesamtwirtschaft nur rund 5 Prozent, der grenzüberschreitende Investitionsgüterhandel war 2007 in beiden Ländern sogar defizitär.

Seit 2011 existieren innerhalb der Europäischen Union Obergrenzen

für Leistungsbilanzüberschüsse und -defizite, deren Überschreiten bislang allerdings nicht sanktioniert wird. Solche Limitierungen blockieren jedoch die Exporttätigkeit der Länder, die Investitionsgüter produzieren. Auch hemmen sie die globale Investitionstätigkeit und damit die weltwirtschaftliche Entwicklung.



aus IW-Trends
2/2013

Michael Grömling:
Wirtschaftsstruktur und
Leistungsbilanz

www.iwkoeln.de/trends

Neue Firmen braucht das Land

Gründungen. Die Zahl der Unternehmensgründungen ist in Deutschland seit ihrem Höhepunkt 2004 um mehr als 200.000 auf nur noch 346.000 im Jahr 2012 gefallen. Der gut laufende Arbeitsmarkt und der gekürzte Existenzgründungszuschuss der Bundesagentur für Arbeit dürften die Treiber dieser Entwicklung gewesen sein.

Wie das Bonner Institut für Mittelstandsforschung (IfM) aus der Gewerbeanzeigenstatistik ermittelt hat, ist die Zahl der Existenzgründungen im vergangenen Jahr auf den niedrigsten Wert seit 15 Jahren gefallen (Grafik). Weil gleichzeitig 370.000 Firmen dichtgemacht haben, war der Saldo aus Gründungen und Schließungen erstmals seit dem Jahr 2008 wieder negativ.

Um die jüngste Entwicklung zu verstehen, muss man zehn Jahre zurückgehen – zum Geburtsjahr der Agenda 2010. Damals, im Jahr 2003, wurde auch das Konzept der Ich-AG geboren. Wer arbeitslos war, konnte sich mit einer Förderung der Bun-

desagentur selbstständig machen. In der Folge stieg die Zahl der Gründungen rapide an. Bereits 2006 wurde die Ich-AG wieder abgeschafft. Im Jahr 2012 ereilte dieses Schicksal auch den Gründungszuschuss für Arbeitslosengeld-I-Empfänger (Kasten), das Nachfolgeinstrument der Ich-AGs. Die Zahl der Gründungen brach ein.

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt: Erfahrungsgemäß nimmt die Zahl der Betriebsöffnungen ab, wenn die Wirtschaft gut läuft – und umgekehrt. Denn viele Menschen gründen oft nur aus der Not heraus eine eigene Firma, wenn sie sonst keine andere Beschäftigungsmöglichkeit sehen.

Nun wird sich niemand wünschen, dass die Wirtschaft kriselt, damit sich wieder mehr Menschen selbstständig machen. Es sollte allerdings darüber nachgedacht werden, ob man den Gründungszuschuss weniger restriktiv handhabt als seit Beginn des vergangenen Jahres (Interview).

Gründungszuschuss

Mit diesem Instrument förderte die Bundesagentur für Arbeit von 2006 bis 2011 die Ambitionen Arbeitsloser, sich selbstständig zu machen, recht großzügig. Wer noch mindestens 90 Tage Anspruch auf Arbeitslosengeld I hatte, besaß einen Anspruch auf den Zuschuss. Im Jahr 2011 bekamen 133.800 arbeitslose Gründer erstmals einen solchen Zuschuss. Seit 2012 ist der Zuschuss eine Ermessensleistung der Bundesagentur. Der Arbeitslose muss nun allerdings noch mindestens 150 Tage Anspruch auf ALG I haben. Infolgedessen ist die Zahl der Bewilligungen auf 20.000 im vergangenen Jahr gesunken.

Denn die Wirtschaft braucht die Frischluftzufuhr in Form von Gründungen. Während bestehende Unternehmen ihre Stärke in der Weiterentwicklung von Produkten und Diensten sehen, bringen Newcomer oft Neuerungen auf den Markt.

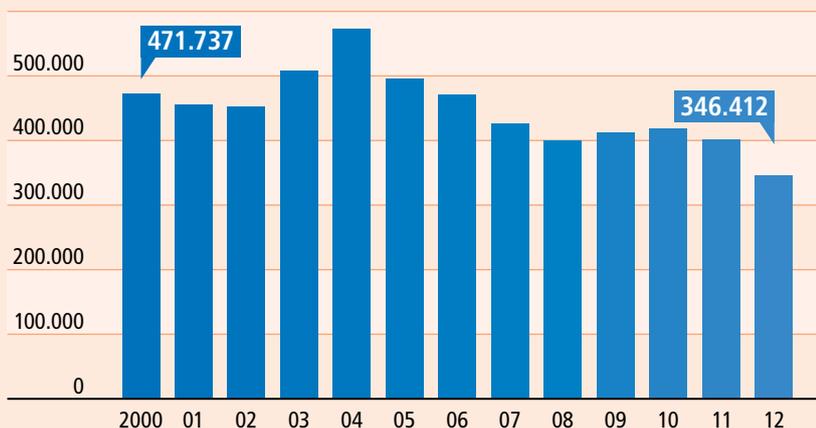
+ Interview +++ Interview

Nachgefragt bei Klaus-Heiner Röhl, Mittelstandsexperte im Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Sie beklagen, dass die Zahl der Unternehmensgründer nicht zuletzt wegen der Quasi-Abschaffung des Gründungszuschusses für Arbeitslose eingebrochen ist. Wäre es von daher nicht geboten, den Zuschuss wieder wie früher zu gewähren?

Prinzipiell ist die Kürzung nachvollziehbar, denn nicht Fördermittel sollten die Triebfeder für Gründungen sein, sondern Ideen und Marktchancen. Aber da es nun kaum noch Gründungen aus der Arbeitslosigkeit heraus gibt und es zuvor keine Hinweise auf starke Mitnahmeeffekte der Förderung gab – das heißt, die geförderten Gründer sind nicht nach Auslaufen der Förderung sofort wieder vom Markt verschwunden –, sollte die Bundesagentur ihren Ermessensspielraum nicht so eng auslegen.

Gründerzahl bricht ein



Ohne Freie Berufe
Quelle: Institut für Mittelstandsforschung Bonn

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · iwd 15

Renteneintrittsalter muss weiter steigen

Rentenversicherung. Wenn die Lebenserwartung weiter steigt, muss auch das Ruhestandsalter schrittweise angehoben werden. Denn ansonsten wird die Altersrente unfinanzierbar.

Die Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestags hat sich zuletzt mehrheitlich dafür ausgesprochen, das Rentenzugangsalter auf 69 Jahre anzuheben, sollte die Lebenserwartung auch künftig so rasch zunehmen wie bisher. Zur Erinnerung:

- Konnte ein 65-jähriger Mann nach der Wiedervereinigung noch mit durchschnittlich weiteren 14 Lebensjahren rechnen, waren es zuletzt rund 17 ½ Jahre.
- Gleichaltrige Frauen blicken heute auf eine weitere Lebenserwartung von knapp 21 Jahren – 32 Monate mehr als noch vor zwei Jahrzehnten.

Trotzdem gehen die Arbeitnehmer heute nicht wesentlich später in Rente als in den frühen 1990er Jahren (Grafik). Männer schmeißen heute mit 63,8 Jahren den Griffel hin, 1993 war nach 63,1 Jahren Schluss. Die derzeit gültige Regelaltersgrenze von 65 Jahren und zwei Monaten wird damit weiterhin deutlich verfehlt. Ähnlich sieht es bei den Frauen aus.

Was für viele Senioren begrüßenswert erscheint – ein möglichst langes Rentnerdasein –, belastet die umlagefinanzierte Rentenversicherung und damit die Beitragszahler:

Heute erhalten 20,5 Millionen Rentner Monat für Monat ihre Überweisung von der Rentenkasse – ein Drittel mehr als 1993.

Langer Ruhestand

Obwohl die Senioren immer länger leben, gehen sie heute nicht wesentlich später in Rente als vor zwei Jahrzehnten. Die Zahl der Rentner wächst deshalb stetig.

Lebenserwartung in Jahren		1993	2011
im Alter von 65 Jahren	Männer	14,3	17,5
	Frauen	18,0	20,7
Rentenzugangsalter in Jahren			
Altersrenten	Männer	63,1	63,8
	Frauen	63,0	63,2
	insgesamt	63,0	63,5
Renten wegen Alter und Erwerbsminderung	Männer	60,1	60,9
	Frauen	60,6	60,8
	insgesamt	60,3	60,8
Rentner in Millionen			
	Männer	5,5	8,7
	Frauen	9,9	11,8
	insgesamt	15,4	20,5

Rentner: einschließlich Hinterbliebenenversorgung
Quellen: Deutsche Rentenversicherung, Statistisches Bundesamt



© 2013 IW Medien - wsd 15 - Foto: Bernd Müller/MEY

Ohne die bisherigen Rentenreformen – der Beitragssatzanstieg wurde bis 2030 auf 22 Prozent gedeckelt, das gesetzliche Versorgungsniveau abgesenkt – wären die Beitragszahler längst überfordert.

Die Anhebung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre kann insofern auch nur als Zwischenstufe gesehen werden. Die Regelaltersgrenze wird zwar seit 2012 schrittweise angehoben. Bis zum Jahr 2024 steigt sie pro Jahr um einen Monat und danach in Zweimonatsschritten, um im Jahr 2029 die neue Regelaltersgrenze zu erreichen. Für die Jahrgänge 1964 und jünger wird sie dann bei 67 Jahren liegen.

Weil der demografische Wandel aber nicht im Jahr 2030 aufhört, muss schon heute darüber nachgedacht werden, wie mit der steigenden Lebenserwartung in den darauffolgenden Jahrzehnten umgegangen werden soll. Die Rente mit 69 rückt damit ins Blickfeld.

Die weitere Anpassung könnte man ähnlich gestalten wie jetzt den Übergang von der Rente mit 65 auf die mit 67 Jahren. Denn bis 2030 steigt die Regelaltersgrenze durchschnittlich um sechs Wochen pro Jahr, während die Bevölkerungsexperten bei der Lebenserwartung mit einem Plus von mindestens sieben bis acht Wochen pro Jahr rechnen.

Damit müssten eigentlich alle Beteiligten – Beitragszahler wie Rentner – einverstanden sein. Wer in vier Jahrzehnten immerhin gut sechs Jahre länger lebt als heute, müsste dann drei Viertel der zusätzlichen Zeit arbeiten, also bis zu einem Alter von 69 ½ Jahren.

Ein weiterer positiver Nebeneffekt dieser Regelung: Wer länger in die Rentenkasse einzahlt, bekommt auch eine höhere monatliche Rente – diese würde ebenso wie die stärkere private Vorsorge helfen, das derzeit viel beschworene Schreckgespenst Altersarmut abzuwehren.

Wie sich Absolventen gewinnen lassen

Ausländische Fachkräfte. Deutschlands Unternehmen interessieren sich bei der Rekrutierung von Fachkräften zunehmend für ausländische Talente, die hierzulande einen Hochschulabschluss erworben haben. Doch vor allem kleine und mittlere Firmen tun sich schwer damit, Kontakt zu dieser Zielgruppe aufzubauen.

An den deutschen Hochschulen waren im Jahr 2011 mehr als 100.000 Studenten eingeschrieben, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben – die meisten von ihnen in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, gefolgt von den Ingenieurwissenschaften (Grafik). Im selben Jahr haben mehr als 38.000 junge Ausländer an einer deutschen Hochschule ihr Studium abgeschlossen. Dieser Personenkreis wird für Unternehmen immer attraktiver.

Das liegt nicht nur an Fachkräftengpässen in Deutschland, sondern auch an den Qualifikationen, die

ausländische Absolventen haben: Neben Deutsch sprechen sie die Sprache ihres Herkunftslands und bringen interkulturelle Kompetenz mit – Fähigkeiten, die in Zeiten der Globalisierung wichtig sind.

Doch es gibt ein Problem: Viele ausländische Absolventen kehren Deutschland nach dem Studium wieder den Rücken. Bei fast drei Viertel aller ausländischen Absolventen war das zwischen 2008 und 2009 der Fall. Ein Grund hierfür liegt darin, dass Ausländer hohe Hürden überwinden müssen, um auf den deutschen Arbeitsmarkt vorstoßen zu können.

Diese Vorschriften wurden inzwischen gelockert (Stichwort Blaue Karte, vgl. iwd 47/2012). Dennoch stellt sich vielen Verantwortlichen in Firmen die Frage, wie sie überhaupt in Kontakt zu ausländischen Studenten kommen. Dabei gibt es viele Wege:

Mit einem Aushang am Schwarzen Brett der jeweiligen Universität beispielsweise können Unternehmen der

von ihr ins Auge gefassten Zielgruppe bereits während des Studiums Praktika oder Werkverträge anbieten.

Wenn die Zusammenarbeit gut läuft, dann ist eine Weiterbeschäftigung nach Abschluss des Studiums für beide Seiten ein Gewinn.

Viele Unternehmen, die Ausschau nach Studenten oder Absolventen ausländischer Herkunft halten, suchen sich auch direkt Ansprechpartner im universitären Umfeld. Dort haben sich viele Studenten mit ausländischem Pass zu Initiativen zusammengeschlossen. Diesen Initiativen können Firmen über eine Kontaktperson ihre Angebote wie z.B. offene Stellen zuleiten. Eine solche Scharnierrolle übernehmen häufig auch die sogenannten International Offices der jeweiligen Hochschule.

Hochschulmessen, Online-Jobbörsen oder soziale Netzwerke – auch über diese Wege können Firmen ausländische Studenten oder Absolventen rekrutieren. Wenn ein Unternehmen plant, auf einer Hochschulmesse präsent zu sein, sollten Mitarbeiter mit Migrationshintergrund am Stand nicht fehlen – sie sind ideale Kandidaten, um ausländische Talente anzusprechen.

Einmal im Unternehmen angekommen, sollten ausländische Studenten oder Absolventen gezielt unterstützt werden – zum Beispiel über einen Mentor.



Weitere Informationen über die Vorgehensweise bei der Rekrutierung ausländischer Studenten und Absolventen speziell für kleine und mittlere Unternehmen:
www.kompetenzzentrum-fachkraefte-sicherung.de

Zögerliche Tüftlerinnen

Ingenieurinnen. Seit Jahren sind Ingenieure knapp. Vor allem Frauen entscheiden sich noch zu selten für eine Ingenieurkarriere – trotz zahlreicher Programme zur Förderung des weiblichen Nachwuchses.

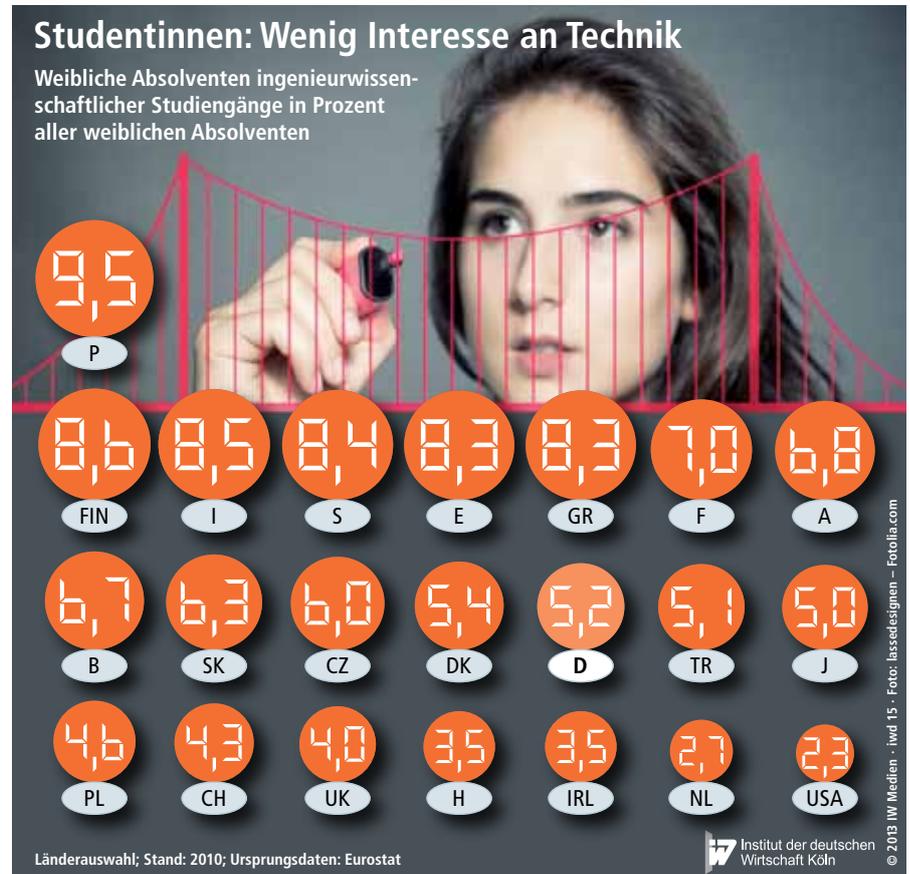
Eine sichere Arbeitsmarktlage und überdurchschnittlich gute Gehaltsperspektiven sind nur zwei Gründe, warum es sich lohnt, Ingenieur zu werden. Doch obwohl die Zukunftsaussichten in diesem Bereich besonders rosig sind, ergreifen immer noch zu wenige junge Leute den Beruf. Dadurch ist in den vergangenen Jahren eine Fachkräfte-lücke entstanden. So stehen aktuell 25.700 arbeitslose Ingenieure 70.000 offenen Stellen gegenüber.

Da außerdem immer noch zu wenige Frauen eine Ingenieurkarriere einschlagen, gibt es bundesweit inzwischen rund 260 Initiativen zur Förderung des weiblichen Nachwuchses in technischen Fachrichtungen. Auf den ersten Blick mit Erfolg:

Die Zahl der erwerbstätigen männlichen Ingenieure in Deutschland ist zwischen den Jahren 2005 und 2010 um 13 Prozent auf gut 1,3 Millionen gestiegen, die der weiblichen Ingenieure sogar um mehr als 30 Prozent auf 267.000.

Der starke Zuwachs an weiblichen Ingenieuren ist jedoch zu einem guten Teil auf das niedrige Ausgangsniveau zurückzuführen. Denn hierzulande ist lediglich jeder sechste Ingenieur eine Frau.

Alles in allem entscheiden sich bislang also zu wenige Frauen für ein ingenieurwissenschaftliches Stu-



dium. Während in Deutschland inzwischen fächerübergreifend mehr als die Hälfte aller Studienabschlüsse von Frauen erworben werden, waren es in den Ingenieurwissenschaften in den vergangenen fünf Jahren konstant 22 Prozent.

Um mehr junge Leute für die Ingenieurwissenschaften zu begeistern, müssen bereits in Kindergarten und Grundschule technisch-naturwissenschaftliche Phänomene und Inhalte intensiver als bislang vermittelt werden.

Die Bundesrepublik steht mit dieser Herausforderung jedoch nicht allein da, denn in keinem einzigen hier betrachteten Land ist der Absolventenanteil weiblicher Ingenieure an allen weiblichen Absolventen zweistellig (Grafik):

In Deutschland macht nur jede zwanzigste Studentin einen Bachelor oder Master in Ingenieurwissenschaften, bei den männlichen Absolventen beträgt der entsprechende Anteil immerhin ein Viertel.

Schlusslicht im Vergleich sind die USA: Hier fällt nur rund jeder vierzigste Studienabschluss von Frauen in den Bereich der Ingenieurwissenschaften.

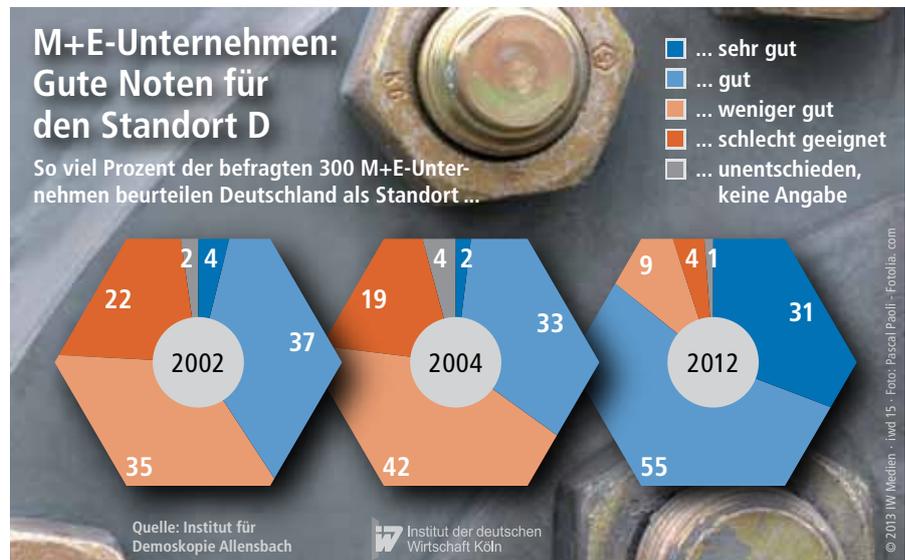
Einen ersten Lichtblick liefern die jüngsten Daten des Statistischen Bundesamts. Obwohl sich im Studienjahr 2012 knapp 9 Prozent weniger Studienanfänger für ein Studium der Ingenieurwissenschaften eingeschrieben haben als noch im Vorjahr, ist die Zahl der entsprechenden Studienanfängerinnen um knapp 3 Prozent gestiegen.

Mit dem Standort zufrieden

Metall- und Elektro-Industrie. Die Unternehmen der Branche geben dem Standort D erneut gute Noten. Das ergab eine Befragung von mehr als 300 Vorständen und Geschäftsführern durch das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall.

Der Wandel Deutschlands vom kranken Mann Europas zum Musterknaben der EU wird in der Allensbach-Umfrage mehrfach sichtbar: Hielten im Jahr 2002 nur 4 Prozent der M+E-Unternehmen den Industriestandort D für sehr gut und weitere 37 Prozent für gut, stellen zehn Jahre später 31 Prozent der Firmen dem Standort ein exzellentes und 55 Prozent ein gutes Zeugnis aus (Grafik). Die Top-Noten dürften nicht zuletzt auf die Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 zurückzuführen sein.

Weil der Standort inzwischen so attraktiv ist, befürchten viele M+E-



Unternehmen, dass es eigentlich nur schlechter werden kann – jeder dritte Geschäftsführer zieht das immerhin ins Kalkül.

Als Absatzmarkt verliert Deutschland für viele M+E-Unternehmen an Bedeutung. Eine deutliche Mehrheit der Geschäftsführer äußert, die Geschäftslage des Unternehmens sei heutzutage stärker (31 Prozent) oder wesentlich stärker (25 Prozent) von den Entwicklungen im Ausland abhängig als früher.

Entsprechend meinen jeweils sechs von zehn Befragten, dass sich die Globalisierung stark oder sehr stark auf das eigene Unternehmen auswirke und dass die Geschäftslage stärker schwanke als früher.

Allerdings bewerten heute 57 Prozent der Unternehmen die Auswir-

kungen der Globalisierung auf das eigene Unternehmen als „eher positiv“ – vor zehn Jahren äußerten nur 45 Prozent der Befragten diese Ansicht. Dies ist ein Zeichen dafür, dass die Unternehmen in der Krise ihre Hausaufgaben gemacht haben.

Die unter dem Strich relativ optimistische Einschätzung der Führungskräfte überrascht – denn das Klima auf den Weltmärkten ist nach Ansicht der M+E-Unternehmer rauer geworden: Acht von zehn Befragten sagen, es werde schwieriger, die Zukunftsperspektiven vorherzusehen und die künftige Auftragslage richtig einzuschätzen. Gerade deshalb kommt es jetzt auf eine Tarifpolitik mit Augenmaß an, die Planungssicherheit bietet und die Betriebe nicht überfordert.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein

Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN. WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.